

**Auszug aus der Niederschrift
über die 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und
Gleichstellung am 14.11.2017**

Zu TOP : 4.3

Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0062/2016

Herr Krusch informiert die Mitglieder des Ausschusses über die vergangenen Beratungen über die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten. Dabei führt er aus, dass der Gesetzgeber im Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis den vorliegenden Fall erkannt und geregelt hat.

Bezüglich der beantragten Samstagsöffnungszeiten einmal monatlich gibt er bekannt, dass seitens der Verwaltung ein Fragebogen erarbeitet wurde. Dieser soll die Zufriedenheit der Nutzer des Ordnungsamtes in den Bereichen: Allgemeine Zufriedenheit, Öffnungszeiten und aktuelle Wartezeiten vor dem Hintergrund der allgemeinen statistischen Erhebungen repräsentativ darstellen. Die Umfrage wird ab dem 01.12.2017 für ein halbes Jahr jeweils nach Erbringung der Dienstleistung ausgegeben. Ziel der Umfrage ist die Bedarfsermittlung für die Ausweitung der Sprechzeiten.

Als dritte Information erläutert Herr Krusch das Konzept der Online-Terminvergabe im Ordnungsamt. Nach Verzögerungen, die mittlerweile behoben sind, soll das System im ersten Quartal 2018 an den Start gehen.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach der praktischen Durchführung des Fragebogens und nach der Möglichkeit, diesen auch auf der Homepage der Hansestadt Stralsund online auszufüllen.

Herr Krusch äußert seine Bedenken dahingehend, dass die Überprüfbarkeit und die Ernsthaftigkeit bei Onlineumfragen nicht so gegeben sind, wie nach einer persönlichen Wahrnehmung direkt nach Erbringung der Dienstleistung.

Frau Ehlert regt die Überlegung an, dass auf der Homepage der Hansestadt Stralsund ein Link zum Fragebogen hinterlegt wird und bittet die Verwaltung, den Vorschlag zu überdenken.

Herr Röhl schlägt vor, auf der Homepage eine Meldung zu veröffentlichen, in der die Existenz des Fragebogens bekannt gegeben wird.

Herr Bogusch ergänzt die Ausführungen von Herrn Krusch dahingehend, dass im Bereich der Verkehrsplanung repräsentative Umfragen gängige Praxis sind. Seine Erfahrungen schildert er den Mitgliedern des Ausschusses. Daher befürwortet er den Ansatz, die Bürgerinnen/Bürger direkt nach der Erbringung der Dienstleistung nach ihren Eindrücken zu fragen. Eine Onlinebefragung ohne Bezug zum Ordnungsamt hält Herr Bogusch für wenig repräsentativ.

Frau Ehlert und Frau Dr. Carstensen befürworten den Fragenbogen nach dem Konzept der Stadtverwaltung.

Herr Röhl spricht sich gegen eine Samstagsöffnung aus, da die Bürgerinnen/Bürger durch die Aufteilung der Arbeitszeit der Mitarbeiter auf die Samstage in der Woche von einer höheren Wartezeit ausgehen müssen.

Frau Ehlert fasst die Thematik zusammen und würde sich über eine Auswertung des Fragebogens im kommenden Jahr freuen.

Sie stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag nicht weiter zu verfolgen.
Der Präsident wird über das Beratungsergebnis schriftlich in Kenntnis gesetzt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 21.11.2017